



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

markte das Blechschild mit der Aufschrift: Christine Bunick aus Pulsniß. Als aber der Rat der Stadt die Verfügung traf, daß der Naschmarkt fortan in den Messen von Buden frei bleiben sollte, da war das alte Weiblein plötzlich verschwunden. Vergebens habe ich auf dem Augustusplatz, wo die übrigen Leblichler aus ihrer Heimat sitzen, nach ihr gesucht; die Leute, die ich deshalb befragte, zuckten die Achseln und meinten, sie müsse wohl ausgewandert sein, denn daheim in Pulsniß habe man sie auch nicht mehr gesehen. Vielleicht hat sie sich aufgemacht, um im fernen Ungarland Erkundigungen nach dem Verbleib des Mannes einzuziehen, der ihr die Jugend wiedergeben sollte.

Die Sperlinge aber konnte man bis zu dem Tage, wo mit dem Umbau des alten Rathhauses begonnen wurde, allabendlich auf dem Naschmarkte beobachten. Sie sammelten sich mit unendlichem Lärm in der Krone der Linde und stritten sich um die Brotkrumen und die Körner, die mildtätige Menschen ihnen und den herrenlosen Tauben spendeten. Dann zogen auch sie weg, und es fragt sich noch, ob sie wiederkommen werden, wenn die Arbeiten an Hieronymus Lotters ehrwürdigem Bau beendet sind.

Die meiste Ausdauer hat der schwarze Kater bewiesen, und das ist mir lieb, denn dadurch habe ich wenigstens einen Kronzeugen für die Wahrheit meines Berichts. Wenn der Leser sich einmal auf den Naschmarkt bemüht, dann kann er das immer noch schmucke Tier am Burgkellereingang oder am Sockel des Goethedenkmals sitzen und nach dem Baume emporblinzeln sehen, auf dem seine gefiederten Schicksalsgefährten ihre geräuschvollen Versammlungen abzuhalten pflegten. Der gute Kasimir hat offenbar die Hoffnung auf seine einstige Entzauberung noch nicht aufgegeben, er ist, wie es scheint, ein ebenso großer Träumer und Idealist wie die meisten seiner Landsleute, die noch immer nicht merken wollen, daß die Zeit mit wuchtigem Schritt über die polnische Herrlichkeit hinweggegangen ist, und daß unsre nüchterne Gegenwart für das Märchenreich des weißen Adlers keinen Raum mehr hat.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Der Beginn des Wahlkampfes.)

Um die Zeit des Jahres, wo sonst das Weihnachtsfest eine gewisse Stille in dem politischen Waffenlärm und wenigstens einige Tage der Sammlung und Einkehr zu bringen pflegt, stehen wir diesmal mitten in einer heftigen Wahlbewegung. Schon am 25. Januar, einen Monat nach dem Feste, wird die Entscheidung fallen, mit was für einem Reichstag wir für die nächste Zeit zu rechnen haben. Das ist eine kurz bemessene Frist für die Überlegungen und Vorarbeiten, die mit allgemeinen Neuwahlen in der Regel verbunden sind. Es gilt schnelle Entschlüsse zu fassen und alle Kräfte anzuspannen. Aber vielleicht ist das für die gegenwärtige Lage nur gut und heilsam. Nicht umsonst fordert die Reichsverfassung im Falle einer Auflösung die Wahl eines neuen Reichstags innerhalb sechzig Tagen. Das geschieht nicht nur, um in diesem außergewöhnlichen Falle eine unnötig lange Unterbrechung der parlamentarischen Geschäfte zu verhindern, sondern auch um der Besonderheit der Lage Rechnung zu tragen. Denn eine Auflösung des Reichstags setzt voraus, daß die Regierung unter dem Eindruck bestimmter Vorgänge das Volk vor eine bestimmte Entscheidung stellen will, und eine solche Lage fordert schnelle Entschlossenheit.

Es bedarf dieser Erinnerung. Davon kann man sich schon jetzt in den ersten Anfängen des Wahlkampfes überzeugen, wenn man so manche weitab von den brennenden Fragen liegende Betrachtungen liest. Es ist jetzt nicht Zeit, bei der Erwägung zu verweilen, ob die Regierung nicht vielleicht die Sache hätte anders machen können, wobei natürlich der Hintergedanke leise angedeutet werden soll, daß die Wähler für den Fall eines Mißerfolgs die Verantwortung von sich abschieben

könnten. Das darf man unter keinen Umständen gelten lassen. Um so weniger, als das Zentrum in seinem Wahlauftritt den Charakter der Maßregel der Auflösung völlig zu entstellen versucht hat. Der entscheidende Schritt der Regierung erscheint in dem Aufruf als ein ungehöriger Akt, als ein Schlag gegen die Rechte der Volksvertretung. Ein dreistes Beginnen! Denn die Auflösung des Reichstags ist bekanntlich ein verfassungsmäßiger Akt, das gesetzlich anerkannte Mittel, womit die Regierung einen Appell an das Volk richtet. Nicht die Regierung, die sich dieses Mittels bedient, sondern die Partei, die das Volk über die Bedeutung des Mittels zu täuschen sucht, versündigt sich an den wirklichen Volksrechten. Aber auch jeder verschleierte Versuch, die Verantwortung des deutschen Volks für die bevorstehenden Wahlen einzuschränken und die Aufmerksamkeit davon abzulenken, muß bekämpft werden. Dahin gehört auch der wohl gut gemeinte, aber höchst unüberlegte und unzeitgemäße Hinweis auf die vielleicht eintretende Notwendigkeit einer wiederholten Auflösung. Ob der neugewählte Reichstag wieder aufgelöst werden muß, kann heute noch niemand wissen. Möglich ist ja, daß die Tätigkeit des neuen Reichstags zu einer abermaligen Krisis führt. Wenn aber die Sache so dargestellt wird, als ob die Regierung schon jetzt mit dem Gedanken umgehe, sofort zur Auflösung zu schreiten, wenn die Zusammensetzung des neuen Reichstags ihren Wünschen nicht entspricht, so wird damit ein ganz falscher Zug in das Bild der Lage gebracht. Es wird das Bild einer das Volk aufrufenden und aufrüttelnden Regierung verwischt und das Bild einer experimentierenden Regierung, die dem Volkswillen nicht die gebührende Bedeutung zuweisen will, an die Stelle gesetzt.

Es wird also die Hauptaufgabe der Wahlbewegung sein, die schlummernde politische Tatkraft und das Verantwortungsgefühl im deutschen Volke zu wecken und alle Kräfte auf ein praktisches Ziel hinzulenken. Es ist sehr verständlich, daß die Regierung beizeiten die Aufmerksamkeit auf die große „Partei der Nichtwähler“ gelenkt hat, die Wähler, die bei den letzten allgemeinen Wahlen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Nach der Statistik dieser Wahlen sind es mehr als drei Millionen gewesen. Gewiß waren unter diesen Säumigen nur verschwindend wenig Anhänger der Sozialdemokratie; die Bequemen, Lässigen und Verdrossenen sowie alle die, die sich womöglich noch dessen rühmen, daß sie sich um Politik nicht kümmern, sind gewöhnlich im Lager der bürgerlichen Parteien zu finden. Diese „Dreimillionenpartei“ der Nichtwähler könnte, wenn sie ihre Pflicht tun wollte, gewiß sehr viel dazu tun, daß die Zusammensetzung des Reichstags gründlich verändert würde. Mindestens hat man bei einem so starken Ausfall an Wählern nicht das Recht, die Lage, wie sie sich in den letzten Legislaturperioden dargestellt hat, als unabänderlich anzusehen.

Nun wissen wir freilich, daß sich der alte Parteidoktrinarismus nicht von heute zu morgen aus dem deutschen Vaterlande hinausjagen läßt. Bei der großen Zerrissenheit und Zersplitterung unsers Parteiwesens muß die Frage der Wahlbündnisse und Kartelle immer eine große Rolle spielen, und ob hier in kurzer Zeit eine wirksame Klärung hergestellt werden kann, das ist gegenwärtig die größte Sorge aller Patrioten.

Im Kampfe muß man vor allem wissen, wo der Feind steht. Erst daraus ergibt sich die Frage der Aussichten des Kampfes und der Bundesgenossenschaften. Nun ist ja durch die Lage bei der Reichstagsauflösung für alle Parteien, die an einer positiven Änderung und Besserung der politischen Zustände mitarbeiten wollen, die Gegnerschaft gegen das Zentrum gegeben. Aber Klarheit muß herrschen, was man dem Zentrum mit Recht vorwirft. Die Partei selbst hat an einer solchen Klärung natürlich kein Interesse. Sie sucht in ihrer Kämmer nach den alten Waffen, um sich die Gegner vom Leibe zu halten. Da fallen ihr an erster Stelle die Ideen des Kulturkampfes in die Hand. Es wäre für die Anhänger des Zentrums vorteilhaft, sich als die von konfessioneller Unduldsamkeit und Mißgunst Verfolgten hinzustellen. Schon werden die Versuche dazu eingeleitet. Es wird also eine wichtige Aufgabe der nationalen Führer im Wahlkampfe sein, die Wähler aufzuklären und zu

überzeugen, daß die Gegnerschaft gegen das Zentrum nicht die Störung des konfessionellen Friedens in sich schließt, ja daß diese Seite der Sache überhaupt nicht in Frage kommt. Was dem Zentrum vorzuwerfen ist, ist der Mißbrauch der politischen Macht zu Nebenzwecken, der rücksichtslose Schacher, der mit der Zustimmung zu wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten getrieben wurde. Seit langer Zeit hat das deutsche Volk diese zunehmende Demoralisation unsers parlamentarischen Lebens und das daraus folgende Sinken des parlamentarischen Ansehens mit Unwillen und Verdrossenheit ertragen, und wie ein Bann lastete auf allen, die so dachten, die Vorstellung, daß sich die Regierung und die andern bürgerlichen Parteien mit dieser anscheinend unvermeidlichen Lage vollständig abgefunden hätten. Die tatsächliche Mitwirkung des Zentrums bei einer ganzen Reihe von bedeutamen Werken der nationalen Gesetzgebung konnte diesen peinlichen Druck nicht mindern. Denn ohne den einzelnen Mitgliedern der Zentrumsfraktion einen guten Fonds an nationaler Gesinnung abzusprechen zu wollen — die um so mehr hervortreten mußte, je größern Anteil an der Verantwortung des Reichstags die Partei zu tragen hatte —, erkannte man doch bei jeder Gelegenheit deutlich, daß für die Handlungsweise der gesamten Partei nicht die reine Überzeugung von dem, was dem Vaterlande nützlich war, sondern die Macht der Fraktion und ihre Mehrung ausschlaggebend war. Am letzten Ende deckt sich natürlich das höchste Machtziel einer Partei auch mit dem der Nation; eine Partei, die bewußt der Größe der Nation entgegenarbeitete, würde ja damit für den eignen Untergang arbeiten. Das hat man ja nicht mit Unrecht auch von der Sozialdemokratie gesagt, daß sie im Besitz der wirklichen Herrschaft ebenfalls dem eijernen Zwange der Verantwortung für die Wohlfahrt des gesamten Volkes unterliegen müßte. Aber das ist ein schlechter Trost, denn es kommt darauf an, was für ein Preis von der Gesamtheit dafür gezahlt werden müßte. Und so kann auch die Beteiligung des Zentrums an der nationalen Gesetzgebung an unserm Urteil nichts ändern, weil sie immer mit der Schädigung nationaler Werte erkaufte werden mußte. Denn niemals ist die Politik des Zentrums die einer klaren Bejahung oder Verneinung gewesen, vor der man auch als Gegner hätte Achtung haben können, sondern immer die Politik des Feilschens unter Vorschubung unsachlicher Motive. Anders konnte es auch nicht sein bei einer Partei, die kein wirkliches politisches Prinzip kennt, sondern die verschiedensten politischen Grundanschauungen in sich vereinigt, die, um diese Gegensätze überhaupt vereinigen zu können, ihre religiöse Anschauung politisch mißbraucht und dabei doch behauptet, daß sie keine konfessionelle Partei sei. Jetzt ist die Gelegenheit gegeben, mit diesem ganzen System der Nebenzwecke, der Verschleierung und Verwischung bestimmter, klar erkennbarer politischer Überzeugungen zu brechen, mit einer Politik aufzuräumen, in der politische Überzeugungen und praktische Erfordernisse der Lage nichts, das Parteiinteresse und die Taktik alles sind. Es handelt sich also um die Bekämpfung der ganzen politischen Unmoral, die sich in der Methode der bisher ausschlaggebenden Partei ausdrückt, und die natürlich auch in ihren Prinzipien wurzelt.

Bisher hatte die Regierung den Kampf gegen das Zentrum vermieden, weil sich keine rechte Gelegenheit ergeben hatte, das Volk in einer allgemein verständlichen Weise zum Bundesgenossen aufzurufen, und wohl auch, weil vorher nichts unversucht bleiben durfte, die bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen. Diese Forderung des Kampfes gegen die Partei der absoluten Verneinung bleibt bestehen, und so sind wir gezwungen, gegen zwei Fronten zu kämpfen, die schwarze und die rote Gefahr zugleich abzuwehren. Man hat nun alsbald die Frage aufgeworfen, ob nicht in diesem Falle die Bekämpfung der Sozialdemokratie zurückstehn müsse. Viel Gewicht fällt unter den jetzigen Verhältnissen den Stimmen derer zu, die in ihrem lange angesammelten tiefen Haß gegen das Zentrum immer schon die Meinung vertreten haben, die vom Ultramontanismus drohenden Gefahren seien bedeutend größer als die des sozialen Umsturzes. Gegen-

über dieser oft schon erhobnen Streitfrage wird wiederum daran zu erinnern sein, daß man jetzt bestrebt sein muß, sich nicht auf unfruchtbare Erörterungen festzulegen, sondern möglichst mit der praktischen Wirkung zu rechnen. Wir haben schon einmal an dieser Stelle deutlich zu machen versucht, daß die eigentümliche ausschlaggebende Stellung des Zentrums unmöglich wäre, wenn nicht ein Fünftel des bisherigen Reichstags aus Sozialdemokraten bestanden hätte, also aus Angehörigen einer Partei, die für die positive Mitwirkung an einer brauchbaren Gesetzgebungsarbeit einfach ausfällt. Die eigentümliche Stellung der Sozialdemokratie ist die Voraussetzung für die besondere Macht des Zentrums. Auch wenn das Zentrum eine Reihe von Sitzen im Reichstag verlieren sollte, wird es doch immer eine ähnliche Rolle wie früher spielen, wenn die Sozialdemokratie in gleicher oder verstärkter Zahl im Reichstag wiedererscheint. Viele machen sich wohl diesen ungewollten, auf keiner Vereinbarung beruhenden, sondern durch die Verhältnisse ganz von selbst gegebenen Zusammenhang zwischen Zentrum und Sozialdemokratie nicht klar. Er ist aber unbestreitbar vorhanden, und man wird daraus die Folgerung ziehen müssen, daß die Erörterung, welche von beiden Parteien gefährlicher ist, gegenwärtig besser unterbleibt. Übrigens zeigt die Erinnerung an die letzten Landtagswahlen in Bayern, daß die innere Interessengemeinschaft zwischen den beiden zu bekämpfenden Parteien sehr leicht auch ihren äußern Ausdruck findet. Wenigstens in Bayern wird auch bei den Reichstagswahlen wohl wieder das schwarz-rote Kartell auf der Bildfläche erscheinen.

So wie die Dinge nun einmal liegen, kann von einer Beseitigung der offenbaren Mißstände in unserm parlamentarischen Leben nur die Rede sein, wenn sich zur Bekämpfung von Zentrum und Sozialdemokratie alle übrigen Parteien möglichst zu einer festen Phalanx zusammenschließen. Dieses Ideal wird sich nicht überall erreichen lassen; die Gefahr droht ja auch nicht an allen Orten in gleichem Maße. Aber es sollte doch von allen Seiten Sorge getragen werden, daß andre Streitpunkte nach Möglichkeit zurückgestellt werden. Das kann um so leichter geschehn, als die Zurückdrängung der beiden Parteien, gegen die sich jetzt der Wahlkampf richtet, jeder Anschauung, die auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsordnung steht und ein bestimmtes politisches Prinzip vertritt, freiere Bahn schaffen muß. Weder Konservativen noch Liberalen wird der ehrliche Wettkampf für die Zukunft dadurch eingeschränkt. Wenn aber Konservative und Liberale jetzt vor den allgemeinen Wahlen den Augenblick für gegeben erachten, sich gegenseitig mit kleinlichen Angriffen zu verfolgen, wenn die einen eine törichte Furcht vor Erfolgen des Liberalismus bekunden, die andern in gänzlichem Mißverständnis der Zeichen der Zeit über dem Gedanken einer drohenden Reaktion die näher liegenden Pflichten übersehen, dann sind sie alle beide die Verlierenden. Die konservativen Parteien bleiben ja nur ihrem Programm getreu, wenn sie in einer solchen Krisis den Weg der entschiednen, zuverlässigen Unterstützung der Regierung betreten. Es verdient bemerkt zu werden, daß auch für den fortschrittlichen Liberalismus und die Demokratie ein Augenblick der Selbstbesinnung eingetreten zu sein scheint. Der Wahlaufruf der vereinigten drei Gruppen des linksstehenden Liberalismus atmet diesmal zum erstenmale einen Geist, den der deutsche Liberalismus dieser Färbung bisher immer vermissen ließ, den Geist eines stärker entwickelten Staatsgefühls. Man mag das als ein gutes Vorzeichen nehmen. Trotz allen Schwierigkeiten braucht die Hoffnung nicht aufgegeben zu werden, daß der gegenwärtige Wahlkampf die Bedeutung eines Reinigungsbades für den politischen Geist des deutschen Volks gewinnen wird.

